



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2016, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2016

Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten

Katholischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der 20. Rüstungsexportbericht der GKKE, den die Fachgruppe Rüstungsexporte unter Leitung von Dr. Max Mutschler und Dr. Simone Wisotzki erstellt hat. Dieses „kleine Jubiläum“ ist Anlass, auf eine erfolgreiche Arbeit zurückzublicken. Mein ausdrücklicher Dank gilt den früheren und heutigen Vorsitzenden der Fachgruppe und in gleicher Weise allen Mitgliedern, die all die Jahre ehrenamtlich in dieser Fachgruppe mitgewirkt haben. Es hat sich in der Tat sehr viel bewegt in diesen 20 Jahren: die Berichterstattung der Bundesregierung erfolgt inzwischen relativ zeitnah und sie ist auch ein gutes Stück transparenter geworden. Vor allem aber hat sich die öffentliche Wahrnehmung und Debatte über das Thema Rüstungsexporte merklich intensiviert. Dazu haben - ohne Frage - auch die Arbeit der GKKE und unsere nunmehr 20 Rüstungsexportberichte beigetragen.

Gleichwohl, Grund zum Ausruhen auf Erfolgen oder gar zum Feiern gibt es mitnichten. Tatsächlich haben sich die Genehmigungswerte der deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2015 fast verdoppelt. Bereits am 6. Juli 2016 haben wir als GKKE die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung anhand ihres an diesem Tag vorgelegten (Rüstungsexport-) Berichtes 2015 scharf kritisiert: die Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen sind mit insgesamt 12,8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorgängerjahr um 96 Prozent gestiegen. Der Anteil der Drittstaaten, die weder der Nato noch gleichgestellten Staaten angehören, liegt für die Einzelausfuhrgenehmigungen bei 59 Prozent. Auch die Zahlen, die die Bundesregierung für das erste Halbjahr 2016 veröffentlicht hat, bestätigen diesen Negativtrend. Mit 4,03 Milliarden Euro sind die Genehmigungswerte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen. Auch hier ist der Anteil der Drittstaaten mit 58 Prozent anhaltend hoch.

Ein Blick auf diese Drittstaaten gibt besonderen Anlass zur Kritik. 2015 wurden Rüstungsexporte an Katar im Wert von 1,66 Milliarden Euro genehmigt. Der kleine Golfstaat, der Menschenrechte massiv verletzt und weltweit Islamisten unterstützt, war 2015 Empfängerland Nummer eins. Für Saudi-Arabien wurden in 2015 und im ersten Halbjahr 2016 Rüstungsexportgenehmigungen in Höhe von insgesamt über 750 Millionen Euro erteilt. Bekanntlich sind Saudi-Arabien und Katar aktive Partei in dem bewaffneten Konflikt gegen die schiitischen Huthi-Milizen im Jemen. Bis heute sind diesem Krieg über 10.000 Menschen zum Opfer gefallen, das humanitäre Völkerrecht wird mit Füßen getreten. Gemäß den von der Bundesregierung beschlossenen Politischen Grundsätzen sollen Exporte in Drittstaaten, erst recht in Krisen- und

Konfliktregionen, nur in begründeten Einzelfällen erfolgen. Bei 59 bzw. 58 Prozent kann von begründeten Einzelfällen kaum die Rede sein. Nicht zuletzt deshalb fordern wir in unserem aktuellen Bericht, in einem neuen Rüstungsexportgesetz die Begründungspflicht hin zu den Befürwortern von Rüstungsexporten zu verlagern, dazu gleich mehr.

Bei allen genannten Negativtrends soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Ausfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen 2015 nun zum zweiten Mal in Folge deutlich zurückgegangen ist von 47 auf 32 Millionen Euro, gemessen am Genehmigungswert. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte erklärt, bei der Genehmigung von Kleinwaffenexporten besonders strenge Maßstäbe anlegen zu wollen. Wir begrüßen das sehr. Ob wir es bei diesem Rückgang tatsächlich mit einem Trend hin zu einer restriktiveren Kleinwaffenexportpolitik zu tun haben, bleibt abzuwarten. Wir werden die Entwicklung weiter aufmerksam verfolgen.
